

Amerikas: Untersuchung und Verhinderung unrechtmäßiger Hinrichtungen durch Strafverfolgungsbeamt*innen

Informationen für den Bericht des Sonderberichterstatters über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen

Venezuela: Straflosigkeit für Todesfälle, Hinrichtungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die venezolanischen Behörden sind ihren internationalen Verpflichtungen zur Achtung und Gewährleistung des Rechts auf Leben sowie des Rechts auf Wahrheit, Gerechtigkeit, der Wiedergutmachung und der Nichtwiederholung nicht nachgekommen. Generell kam es in drei Zusammenhängen zu Verletzungen des Rechts auf Leben: Mutmaßliche öffentliche Sicherheitsmaßnahmen, exzessive und unnötige Gewaltanwendung bei Protesten und Freiheitsentzug. Die Straflosigkeit für diese Todesfälle, von denen viele Verbrechen nach internationalem Recht darstellen, ist weit verbreitet: So wartet man beispielsweise in 95 % der Strafverfahren wegen Mordes, die während der Proteste zwischen 2014 und 2024 begangen wurden, noch immer auf eine Verurteilung. Das systematische Fehlen von Rechenschaft für diese Fälle führt dazu, dass sie sich weiter wiederholen.

Zunächst verfolgen staatliche Sicherheitsoperationen in Venezuela, „bereits in Form der Operation Volksbefreiung und später in gemeinsamen Operationen verschiedener Sicherheitskräfte unter der Führung der Spezialeinsatzkräfte (FAES) der Bolivarischen Nationalpolizei (PNB), einen Modus Operandi, der darin besteht, absichtlich tödliche Gewalt anzuwenden, meist gegen junge, verarmte Männer in [von den Behörden als solche dargestellten] mutmaßlichen Konfrontationen, die häufig zu außergerichtlichen Hinrichtungen führen.“

Offizielle Daten führen zwischen 2014 und Juli 2019 24.431 Todesfälle auf staatliche Agenten zurück. Im Januar 2021 dokumentierte Amnesty International ein symbolträchtiges Ereignis, bei dem 14 mögliche außergerichtliche Hinrichtungen bei einer mutmaßlichen Sicherheitsoperation in La Vega, Caracas, stattfanden.

Die Unabhängige Internationale Untersuchungsmission der Vereinten Nationen (IIFM) stellte 2020 fest, dass Venezuela „eine Politik zur Bekämpfung der Kriminalität verfolgt, einschließlich der Eliminierung von Personen durch außergerichtliche Hinrichtungen, die als ‚Kriminelle‘ wahrgenommen werden.“

Desweiteren sind, wie Amnesty International in seinen Berichten konsequent dokumentiert und das IFM hervorgehoben hat, Todesfälle infolge unnötiger, unverhältnismäßiger und missbräuchlicher Gewaltanwendung im Rahmen von Protesten ein wesentlicher Bestandteil der Politik der Unterdrückung abweichender Meinungen als Teil eines systematischen und weit verbreiteten Angriffs auf die Zivilbevölkerung und können Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Seit 2019 prangert Amnesty International an, dass die Politik der Repression gegen Dissidenten außergerichtliche Hinrichtungen zu politischen Zwecken im Rahmen von Massenprotesten

umfasste, und dokumentierte sechs außergerichtliche Hinrichtungen in Carora (Lara), El Tocuyo (Lara) und La Vega (Caracas). Laut dem Bericht „Hunger nach Gerechtigkeit“ verwendeten die an diesen Ereignissen beteiligten Sicherheitskräfte zwar ähnliche Methoden wie bei Bürgerschutzeinsätzen, doch waren in diesem Zusammenhang die politische Motivation und das Ziel, eine abschreckende Botschaft an die übrige Bevölkerung zu senden, offensichtlich.

In jüngerer Zeit stellte die MIIDH (Mission für Menschenrechte) im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen vom 28. Juli 2024 fest, dass „die Mission während der Proteste nach den Wahlen, vor allem zwischen dem 28. und 30. Juli, eine Reihe von Vorfällen dokumentierte, bei denen mindestens 25 Menschen starben.“

Nach Informationen von Amnesty International könnte es sich bei den meisten dieser Todesfälle um außergerichtliche Hinrichtungen handeln. Zwei der Opfer waren minderjährig, und alle bis auf eines starben an einer Schusswunde.

Schließlich hat die Zahl der Todesfälle von Personen, denen die Freiheit entzogen wurde, insbesondere seit 2024 besorgniserregend zugenommen.

Todesfälle in Gewahrsam sind oft die Folge verweigerter medizinischer Versorgung, unmenschlicher Haftbedingungen und in einigen Fällen sogar der Auswirkungen von Folter. Der symbolträchtige Fall des pensionierten Lieutenant Commander Rafael Acosta Arévalo, dessen willkürliche Inhaftierung, Verschwindenlassen, Folter und Tod im Juni 2019 im Bericht „Dying Before a Judge“ von Amnesty International dokumentiert wurden, verdeutlicht sowohl den Zusammenhang dieser schweren Menschenrechtsverletzungen als auch die Art und Weise, wie diese Verbrechen und Verstöße aufgrund der Straflosigkeit fortgesetzt werden können.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Amnesty International empfiehlt Ihnen dringend, die folgenden Empfehlungen in Ihrem nächsten Bericht zu berücksichtigen:

Einsätze der Sicherheitskräfte:

- Berücksichtigen Sie die Auswirkungen der öffentlichen Sicherheitspolitik und des stark militarisierten Drogenkontrollsystems auf das Recht auf Leben, ins-besondere in historisch marginalisierten Gemeinschaften, darunter überwiegend Schwarze und verarmte Gemeinschaften.
- Beenden Sie unverzüglich die Politik der Repression und sozialen Kontrolle durch exzessive und illegale Gewaltanwendung bei Einsätzen der Sicherheitskräfte, einschließlich außergerichtlicher Hinrichtungen und Folter.

- Stellen Sie sicher, dass Krankenhäuser, Schulen und andere grundlegende Einrichtungen unter keinen Umständen als Stützpunkte für Polizeieinsätze genutzt werden.
- Suspendieren und entlassen Sie Polizeibeamte, die an Vorfällen mit Todesfolge beteiligt waren, während die entsprechenden Ermittlungen durchgeführt werden.
- Stellen Sie wirksame interne und externe Überwachungs- und Rechenschaftsmechanismen für polizeiliches Handeln sicher.

Zugang zur Justiz:

- Sicherstellen, dass Ermittlungen zu möglichen außergerichtlichen Hinrichtungen und anderen rechtswidrigen Tötungen durch die Polizei unverzüglich, unparteiisch, unabhängig und wirksam erfolgen, sowie in Übereinstimmung mit dem Minnesota-Protokoll durchgeführt werden, die Befehlskette berücksichtigen und gegebenenfalls prüfen, ob Verbrechen systematisch und/oder in großem Umfang begangen werden;
- Alle Vorwürfe rassistischer und ethnischer Diskriminierung durch Strafverfolgungsbehörden unverzüglich, unabhängig und unparteiisch untersuchen und alle geeigneten Reformen umsetzen, um rassistische Diskriminierung bei der Ausübung polizeilicher Aufgaben zu verbieten;
- Sicherstellen, dass die für die Untersuchung möglicher außergerichtlicher Hinrichtungen und anderer von Sicherheitskräften begangener Verbrechen zuständigen Staatsanwaltschaften über ausreichende Ressourcen und Personal verfügen und autonom sind;
- Sicherstellen, dass alle von Militärangehörigen begangenen Menschenrechtsverletzungen stets vor Zivilgerichten verhandelt werden;
- Fordern Sie Kongresse oder zuständige Behörden auf, die gegen hochrangige Beamte, darunter Regierungschefs, Minister und ehemalige Minister, erhobenen Vorwürfe sorgfältig und unparteiisch zu prüfen, damit die strafrechtlichen Ermittlungen zu widerrechtlichen Tötungen im Einklang mit einem ordnungsgemäßen Verfahren fortgesetzt werden können.

Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte:

- Aufhebung von Gesetzen, die Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte ermöglichen;

- Sofortige und bedingungslose Freilassung aller willkürlich inhaftierten Personen und Gewährleistung der Sicherheit, Gesundheit und des Lebens derjenigen, denen die Freiheit entzogen wurde, gemäß internationalen Standards, den Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und anderen internationalen Verpflichtungen des Staates;
- Achtung und Gewährleistung des Rechts auf friedliche Demonstrationen sowie des Rechts auf persönliche Unversehrtheit, Leben und Freiheit im Rahmen friedlicher Demonstrationen;
- Achtung und Gewährleistung der Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte und generelle Unterlassung unangemessener Eingriffe in die Arbeit und Funktionsweise zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere derjenigen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und Gerechtigkeit dafür fordern und Opfer unterstützen.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Kogruppe – verbindlich ist das Original:
<https://www.amnesty.org/es/documents/amr01/9444/2025/es/>